

Beobachter 06/08

Naturschutz

Der Schotter geht vor

Text: Thomas Angeli

Bild: Markus Forte

In Seewen SZ soll ein Steinbruch grossflächig erweitert und ein geschütztes Waldstück dafür geopfert werden. Das Bundesamt für Umwelt hat überraschend eine Einsprache gegen das Projekt zurückgezogen, und auch die Schweizer Umweltverbände verhalten sich ruhig.

Manche Seewener erinnern sich noch an jähe Unterbrechungen sommerlicher Badefreuden am Lauerzersee. Wenn im Steinbruch Zingel das Signalhorn eine Sprengung ankündigte, musste das Strandbad jeweils innert Minuten geräumt werden, weil die Gefahr bestand, dass Steine bis auf die Liegewiese flogen.

Die Gefahr ist heute gebannt. Stattdessen droht in Seewen neues Ungemach, diesmal weniger für die Badegäste als für die Natur. Die Kibag AG als Betreiberin des Steinbruchs will diesen grossflächig erweitern, und zwar ausgerechnet in ein Waldstück am Urmiberg hinein, das im Bundesinventar der Landschaften von nationaler Bedeutung (BLN) verzeichnet und somit geschützt ist.

Voraussichtlich am 1. Juni sollen die Stimmberechtigten der Gemeinde Schwyz, zu der Seewen gehört, über eine Zonenplanänderung abstimmen, mit der das geschützte Waldstück in einen Steinbruch umfunktioniert würde.

«15 Angestellte verlieren ihren Job»

«Es darf doch nicht sein, dass aus rein kommerziellem Interesse einer privaten Firma eine geschützte Landschaft von nationaler Bedeutung zerstört wird», regt sich Peter Rickenbacher auf. Der umtriebige Wirt aus Seewen fordert, dass die Kibag den Hartsteinschotter künftig in Kavernen abbaut. Dieses Ansinnen weist jedoch Kibag-Regionalleiter Theo Desax zurück: «Das wäre fünf- bis zehnmal teurer als ein konventioneller Abbau. Die Gesamtkosten würden damit nahezu doppelt so hoch ausfallen wie die aktuellen Verkaufserlöse. Zudem wäre die Sicherheit der Mitarbeiter beeinträchtigt, und die Qualität des Gesteins würde leiden.»

Die Kibag hat in den vergangenen drei Jahren mit einem in alle Haushaltungen verteilten «Informationsmagazin» massiv für die Erweiterung geworben. Hauptargument des Unternehmens, das schweizweit rund 1000 Personen beschäftigt: Kann der Steinbruch nicht erweitert werden, so verlieren im Zingel 15 Angestellte ihren Job. Man habe «die Bevölkerung offen über das Bewilligungsverfahren informiert», erklärt Desax dazu.

Die Kampagne zeigt Wirkung, Quartierpräsident Peter Rickenbacher kämpft auf immer einsamerem Posten. Die lokalen Umweltorganisationen, allen voran die Sektionen von Pro Natura und WWF sowie die Stiftung Lauerzersee, haben ihren Widerstand gegen die Erweiterung schon vor rund zwei Jahren aufgegeben und mit der Kibag eine Vereinbarung abgeschlossen. Deren Eckpunkte: Verzicht der Umweltorganisationen auf jegliche Opposition und auf juristische Schritte gegen den Ausbau, gründet die Kibag im Gegenzug einen Fonds mit einem Grundkapital von 30'000 Franken, in den sie pro Kubikmeter abgebauten Kieselkalk aus dem Erweiterungsgebiet 20 Rappen einbezahlt. Aus dem Fonds sollen später Renaturierungsprojekte ausserhalb des Steinbruchs finanziert werden. «Die Umweltorganisationen haben sich von der Kibag einfach kaufen lassen», empört sich Rickenbacher.

«Wir haben die Situation eingehend geprüft und sind zum Schluss gekommen, dass die rechtlichen Chancen für eine Fundamentalopposition gering wären», wehrt sich Thomas Hertach, Sekretär der Sektion Schwyz von Pro Natura. Der Deal, auf den sich die Umweltorganisationen eingelassen haben, wird jedoch von Fachleuten kritisch beurteilt: Eine Ersatzabgabe schmälere das Bewusstsein dafür, «dass Natur und Landschaft eine begrenzte Ressource, ein öffentliches Gut und einen ethischen Wert darstellen», schreiben Experten des Bundesamts für Umwelt (Bafu) in einem Leitfaden - und zweifeln zudem die Rechtmässigkeit einer solchen Lösung an.

Für die Schweizer Umweltorganisationen hätte sich allenfalls ein Blick über die Kantonsgrenzen hinaus gelohnt. Im Kanton St. Gallen kämpfte die dortige Sektion von Pro Natura zusammen mit WWF und Bafu ebenfalls gegen den in einem geschützten BLN-Gebiet geplanten Steinbruch Campiun in Sevelen - und gewann vor Bundesgericht.

Desgleichen im Kanton Waadt, wo eine Gruppe aus Umweltorganisationen und Anwohnern die Erweiterung des Steinbruchs Arvel in einem BLN-Gebiet verhindern konnte. Die Lausanner Richter begründeten ihr Urteil mit einer Interessenabwägung: Der Naturschutz sei höher zu gewichten als das nationale Interesse am abgebauten Hartsteinschotter. Bis feststehe, wie viel Schotter in der Schweiz überhaupt gebraucht werde, so Lausanne, dürfe der Steinbruch Arvel nicht weiter ausgebaut werden.

Plötzlicher Gesinnungswandel

Die beiden Urteile aus den Jahren 2006 und 2007 waren gute Nachrichten für Landschaftsschützer Peter Rickenbacher - hätte nicht einer seiner letzten Mitstreiter, das Bafu, eine Kehrtwende gemacht. Das Bundesamt, das im Fall Campiun noch bis vor Bundesgericht gegen den Steinbruch gekämpft hatte, zog Mitte Februar seine Beschwerde - die letzte noch hängige gegen den Ausbau von Zingel - überraschend zurück. Der Hintergrund des Gesinnungswandels: Das Bafu und das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) haben sich mit dem Verband Schweizerischer Hartsteinbrüche (VSH) auf eine «Übergangslösung» geeinigt, die schliesslich in eine «nationale Planung» münden soll. War in den beiden Bundesgerichtsurteilen noch von Schottervorräten für zehn bis zwölf Jahre die Rede, so orten die beiden Bundesämter und der Branchenverband nun eine «zunehmende Bedarfslücke» für den im Bahn- und Strassenbau verwendeten Hartsteinschotter.

Der weitere Ausbau der in BLN-Gebieten liegenden Steinbrüche Zingel und Arvel sei damit «aus aufsichtsrechtlicher Sicht bundesrechtskonform», vermeldeten Bafu und ARE - und hebelten damit die höchstrichterliche Rechtsprechung per Vereinbarung aus. «Wir wurden von diesem Vorgehen total überrumpelt», sagt dazu Richard Patthey von der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL), die im Fall Arvel ebenfalls als Klägerin vor Bundesgericht auftrat: «Das ist an der Grenze der Legalität.»

Dass der Deal zwischen Bundesstellen und Steinbruchbetreibern nicht ohne Proteste ablaufen könnte, ahnten die Vertragsparteien offenbar. Als sich SL-Vertreter Patthey am 31. Januar beim ARE erkundigte, wie es in der Sache weitergehe, wurde die Vereinbarung zwischen Bafu, ARE und VSH mit keinem Wort erwähnt. Was Patthey nicht erfuhr: Das Papier war zu diesem Zeitpunkt bereits seit sechs Tagen unterschrieben.

© 2008 Der Schweizerische Beobachter - Alle Rechte vorbehalten